

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn
BR/SA/48101

Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265

Datum
15.11.2017

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-V 2018)

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben genannten Verordnungsentwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2018 anzuwendenden Entgelte für die Systemnutzung der österreichischen Stromnetze (§ 49 EIWOG 2010). Die Komponenten Netznutzungsentgelt, Netzverlustentgelt, Netzbereitstellungsentgelt, Systemdienstleistungsentgelt, Entgelt für Messdienstleistungen und Entgelt für sonstige Leistungen sind durch Verordnung der Regulierungsbehörde zu bestimmen. Basis für dafür sind die Kosten- und Mengenermittlungen der Energie-Control Austria (ECA), die durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt wurden (§ 48 Absatz 1 EIWOG 2010).

Für den Österreichischen Gewerkschaftsbund liegen die wichtigsten Ziele der Regulierung der Stromnetze in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie. Die Netzregulierung muss somit einen kosteneffizienten Netzbetrieb mit ausreichenden Investitionsanreizen für die Netzbetreiber in Einklang bringen.

Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen bestmöglich unterstützt wird – insbesondere hinsichtlich des Beitrages zu Wachstum und Beschäftigung. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen muss eine faire Lastenverteilung gegeben sein.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hält einleitend fest, dass eine endgültige Beurteilung der SNE-V 2018 erst nach weiterführenden Erläuterungen durch die E-Control möglich ist und behält sich daher eine allfällige ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§ 19 E-ControlG) vor.

Dies betrifft vor allem folgende Inhalte:

- Ursachen der Kostensteigerungen in den meisten Netzgebieten
- § 4 Absatz 2 Bruttokomponente:
Bei deren Verrechnung kommt es durch Verordnungsentwurf zu einer *geringfügigen Adaption* (EB zu § 4 Absatz 2) – die Gründe dafür sowie die daraus resultierenden Folgen können aus den vorliegenden Materialien nicht nachvollzogen werden.
- Netzverlustentgelte:
Die in mehreren Netzgebieten verordneten teils massiven Erhöhungen der Netzverlustentgelte werden begründet noch deren Ursachen angeführt.
- Netznutzungsentgelte:
Auch hier werden im Jahr 2018 im Großteil der Netzgebiete Erhöhungen wirksam – insbesondere auf Netzebene 7. In den Erläuternden Bemerkungen werden die signifikanten Änderungen für das Jahr 2018 mit einem erwarteten deutlichen Anstieg der Kosten zur Vermeidung von Engpässen im Bereich des Regelzonenführers begründet. Der ÖGB ersucht um Nachreichung und genaue Erläuterung der zugrundeliegenden Berechnungsbasis und Prognosen sowie der Ursachen der Entwicklung im Vergleich zum aktuellen Niveau der Kosten.
- Systemdienstleistung:
Durch das Systemdienstleistungsentgelt werden von den Erzeugern dem Regelzonenführer die Kosten des Ausgleichs von Lastschwankungen über die Sekundärregelung abgegolten – die Kosten dafür werden mit minus 20% im Jahr 2018 prognostiziert. Wie diese Entwicklung mit der Senkung des Systemdienstleistungsentgelts um 50% korrespondiert, ist aus den vorliegenden Materialien nicht ersichtlich.
- Entgelte für sonstige Leistungen: in den Erläuternden Bemerkungen wird ausschließlich auf die Kosten der Berechnung des Verbrauchsanteils eines teilnehmenden Berechtigten an einer gemeinschaftlichen Erzeugungsanlage Bezug genommen – wobei auch hier die Grundlage für Höhe des Betrags nicht erörtert wird.

Der ÖGB ersucht daher in einem ersten Schritt um Nachreichung und umfassende Erläuterung der geplanten Änderungen und deren Auswirkungen sowie des Verteilungsschlüssels und der regulatorischen Überlegungen zur Kostenwälzung – die ohne zusätzliche Erläuterung im Rahmen des Regulierungsbeirats kaum nachvollzogen werden können. Anschließend wäre eine entsprechende Anpassung und Erweiterung der Inhalte der Materialien der zu erlassenden Verordnung vorzunehmen.

Engpassmanagement:

Die Kosten für das Engpassmanagement sind in einer fairen und kostengerechten Weise zu verteilen. Vor dem Hintergrund des beträchtlichen Kostenanstiegs ist zu prüfen, ob alle technischen Möglichkeiten zur Vermeidung von Engpässen in Betracht gezogen wurden.

Zu § 5 Abs. 1 Z 9 – Netznutzungsentgelt für Regelreserve:

Der ÖGB begrüßt die Öffnung der Teilnahme am Regelreservemarkt für die Netzebene 7. In den vorangegangenen Jahren wurden günstigere Netznutzungsentgelte für Anbieter von Regelernergie auf den Netzebenen 1 bis 6 eingeführt. Unsere Forderung nach einer umfassenden Evaluierung dieser Maßnahme ist weiterhin aufrecht.

Umsetzung der Guideline Electricity Balancing:

Der ÖGB ersucht die E-Control bezüglich der nationalen Umsetzung der Guideline um die Aufnahme von Gesprächen mit dem Ziel gemeinsam mit den Sozialpartnern zeitnah einen Umsetzungsvorschlag zu erarbeiten.

In den Materialien sollte in Hinkunft eine geeignete Darstellung gewählt werden, die die Kostenentwicklungen im Jahresvergleich aufgegliedert in die einzelnen Bestandteile des Systemnutzungsentgelts gegenüberzustellen, idealiter dargestellt mit prozentuellen Änderungen.

Abschließend möchten wir festhalten, dass eine Begutachtungsfrist von 13 Werktagen keine angemessene Frist zur Stellungnahme zu den Systemnutzungsentgelten wie im § 49 (3) EIWOG vorgegeben darstellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Renate Anderl
Gf. Vizepräsidentin


Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär